

Nabulsi, Karma: The peace process and the Palestinians: a road map to Mars, in „International Affairs“ 80(2004)2, pp. 211.

Die Dozentin an der Universität Oxford vertritt die These, dass sich die Palästinenser und die internationale Gemeinschaft an einer Wegscheide befinden: UN-Resolutionen, gemeinsame Regeln des Engagements auf Gegenseitigkeit, regionale und internationale Einbettungen sowie die Anerkennung der Menschenrechte und des internationalen Rechts schienen für neue Trends zu sorgen schienen. Doch mit der „Genfer Initiative“, die im Gegensatz zur „Road Map“ des „Quartetts“ einen umfassenden und detaillierten Entstufenplan darstelle und eine energische amtliche Förderung erhalten habe, liege nun, obwohl ohne offiziellen Status, ein *fait accompli* auf dem Tisch von Präsidenten, Ministerpräsidenten und Außenministern in Europa und der arabischen Welt, die gemeinsam mit der „Road Map“ eine autoritative Wirkung auf die Politik der internationalen Gemeinschaft und deren Praxis im Verhältnis zu den Palästinensern entfalte.

Hier nun setzt Nabulsi Generalkritik an. Sie wirft den Protagonisten der „Genfer Initiative“ vor, das in der UN-Resolution 194 vom 11. Dezember 1948 – die Autorin nennt fälschlicherweise das Jahr 1949 – niedergelegte fundamentale Rechtsprinzip durch Leugnung des Rückkehrrechts für die palästinensischen Flüchtlinge verletzt zu haben. In einer Atmosphäre der Angst vor dem „demographischen Faktor“ habe sich Yossi Beilin mit seinen Begleitern auf die Suche nach einem palästinensischen „Experten“ begeben, die prompt ohne Rücksicht auf gemäßigte oder extreme, linke oder rechte Palästinenser den israelischen Forderungen Rechnung getragen hätten, und zwar obwohl der Konsens zum Rückkehrrecht in der internationalen öffentlichen Meinung seit den Osloer Vereinbarungen gewachsen sei. Damals habe die lautlose Unterminierung internationaler Rechtsstandards begonnen. Die Autonomiebehörde als Israels Erfüllungsgehilfe begann mit zwei Stimmen zu sprechen: als Empfänger internationaler Hilfen, auf den zu gegebener Zeit der Druck konzentriert werden konnte, und als Sprachrohr gegenüber der palästinensischen Bevölkerung zur Sicherung seiner Glaubwürdigkeit und Legitimität.

Gleichzeitig hält Nabulsi den Europäern vor, sich regelmäßig „ziemlich peripheren“ Fragen der humanitären und technischen Hilfe im Nahen

Osten angenommen haben, statt der rücksichtslosen Aggression der Sharon-Regierung entgegenzutreten. Das politische Geschäft wurde den USA überlassen. Enorme diplomatische Energien und riesige Geldsummen, so der Autorin, seien in die Schaffung einer internationalen Koalition zur Förderung der „Genfer Initiative“ investiert worden, und die palästinensische Führung habe gewaltigen Druck mit dem Ziel über sie ergehen lassen müssen, dem Projekt zuzustimmen oder zumindest Bedenken und Einsprüche zu unterlassen. Das klassische „Gruppendenken“ einer Handvoll Menschen, die sich auf ihre Bedeutung berufen, engstirnig seien sowie auf Uniformität drängen, habe sich auf die „Genfer Initiative“ versteift.

Man tritt Nabulsi nicht zu nahe, wenn man ihren Thesen ein Verschwörungssyndrom jener Art unterstellt, wie es vor einiger Zeit Ghada Karmi unter dem Titel „Eine gefährliche Obsession“ („Süddeutsche Zeitung“ 13.01.2004) beklagt hat. Die Autorin verdreht in geradezu haarsträubender Weise das politische Geschehen, indem sie etwa den europäischen Regierungen vorhält, den Akteuren der „Genfer Initiative“ gleichsam einen politischen Blankoscheck auszustellen, wobei sie ausdrücklich Joschka Fischer nennt, und Gegner des Projekte mit Liebesentzug zu marginalisieren, wenn sie schreibt: „Palestinians critical of the obvious flaws within it [the Geneva Accord] were not invited to meetings that had been set up to promote it in the capitals of Europe...“

Außerdem hält Nabulsi entgegen allen empirischen Befunden dem Westen vor, dass er die Palästinenser nicht länger als ein Volk unter militärischer Besatzung betrachte, das Anspruch auf Recht und Schutz habe, sondern sie „für ihr Schicksal rundherum verantwortlich“ halte. Indem die Autorin die palästinensische Flüchtlingsfrage ohne jegliche proportionale Detaillierung, von der Diskussion der einschlägigen UN-Resolutionen ganz zu schweigen, in den Mittelpunkt ihrer Kritik an der „Genfer Initiative“ rückt und die zentrale Forderung in diesem Entwurf, die Herstellung palästinensischer Souveränität in der Westbank und im Gazastreifen, nicht einmal ansatzweise diskutiert, gibt sie sich als eine politische Intellektuelle zu erkennen, für die eine Zweistaatenregelung nicht in Frage kommt, schärfer ausgedrückt: die bereit zu sein scheint, bis zum letzten palästinensischen Blutstropfen einem aussichtslosen Kampf gegen Israel das Wort zu reden. Dazu passt, dass die alternativen Wege, die von der

Autorin in und außerhalb der besetzten Gebiete vorgeschlagen werden, in der Vergangenheit tausendmal ausprobiert worden sind, ohne den Palästinensern zu ihrem Recht auf einen souveränen Staat zu verhelfen. Warum Nabulsi glaubt, dass ihnen unter den gegenwärtigen Bedingungen neue Aussichten bevorstehen, bleibt ihr Geheimnis.

Aus eigenen Erfahrungen ist hinzuzufügen: Bedauerlicherweise sind die Ideen der „Genfer Initiative“ nicht, wie Nabulsi behauptet, zur „öffentlich erklärten Politik“ des Westens geworden. Er klammert sich nach wie vor an die „Road Map“, obwohl diese nicht einmal die Eskalation der Gewalt der letzten Wochen verhindert hat und George W. Bush es selbst war, der die Vorgabe des Jahres 2005 als Datum der Entstehung eines palästinensischen Staates in Zweifel zieht.

Reiner Bernstein